

Das Uran muss in der Erde bleiben



Foto: Dirk Seifert

Schlaglichter und Reiseeindrücke von der Internationalen Urankonferenz in Tansania

Anfang Oktober 2013: Endlich angekommen im Haus des Friedens, in Dar Es Salaam – Tansania, 6.000 Kilometer südlich von Hamburg und der Elbe. Vor dem Flughafen wartet Günter Wippel vom Uranium-Network auf mich und Dale Dewar aus Saskatchewan, Kanada. Hier sind wir also, nur knapp eine Woche nach dem erfolgreichen Volksentscheid gegen Vattenfall und E.on wird es nun in den nächsten Tagen nur noch um ein Thema gehen: den Uranabbau.

Ab ins Taxi. Überall an den vielbefahrenen Straßen laufen Menschen, dahinter ein Sandstreifen, Gewusel vor den meist einstöckigen Hütten mit Blechdächern, viele sehen irgendwie halbfertig aus. Vor einigen hocken Menschen einfach auf dem Boden, allein oder in kleinen Gruppen. Überall toben Kinder herum. Und ein Meer von Farben in den Kleidern und Tüchern der Frauen. Der Geruch von Holzfeuer hängt in der Luft, hier und da sind Grillstationen auf verrosteten Gestellen in Betrieb.

Als wir abbiegen, endet die Asphaltstraße. Die Sandstraße vor uns ist eingerahmt von eng stehenden Hütten. Noch mehr Menschen drängen sich links und rechts und vor und hinter uns den schmalen Weg entlang. In Schlangenlinien kurvt das Taxi von einem Schlagloch zum nächsten oder droht in den tiefen Wasserpfützen abzusaufen, die sich auf der Buckelpiste gebildet haben. Wie durch ein Wunder bleiben wir nicht im Morast stecken, kollidieren nicht mit einem der vielen Fußgänger, entgegenkommenden Autos, Mofas, Motorrädern, Bussen, Lkws, Dalla-Dallas oder auch schwer beladenen Fahrrädern. Dann stehen wir vor einem breiten verschlossenen Tor, ungeduldig drückt der Fahrer auf die Hupe, endlich wird es von einem alten Mann zur Seite geschoben – wir sind im Hotel angekommen. Nach dem Einchecken ab ins kleine Restaurant. Dort sitzen schon weitere TeilnehmerInnen der „Internationalen Konferenz über die Auswirkungen des Uranabbau für Gesundheit und Umwelt“ um zwei Tische verteilt. Neugieriges Hallo

und Vorstellung: Solli Ramatou und Naino Nohou, die beiden sind aus dem Niger. Aus Südafrika stammt David Fig, Susanne Grabenhorst von der IPPNW Deutschland ist dabei, Gudrun Conrad, ebenfalls vom Uranium-Network.

Weltweit: Uranabbau zerstört Umwelt und Gesundheit

Insgesamt sind es rund 40 Fachleute und AktivistInnen, die sich in Tansania als ReferentInnen zur Internationalen Urankonferenz treffen. Mediziner, Geologen, Umwelt- und StrahlenexpertInnen und Menschenrechts-AktivistInnen aus Australien, Kanada, Südafrika, Mali, dem Niger, Kamerun, Namibia, dem Tschad, der Schweiz, der Mongolei, den USA, Sambia und natürlich aus Tansania sind zusammengekommen, um über die Probleme des Uranabbaus zu berichten und zu informieren.

Viele sind direkt vom Uranabbau betroffen, kennen die vielen Erkrankungen, die es in Folge der permanenten radioaktiven Belastung durch die Geröllhalden und den Staub gibt. Während die Menschen in einigen Regionen wie z.B. im Niger an Wassermangel leiden, verbrauchen die Minen enorme Wassermengen für den Bergbau und das Extrahieren des Urans. Uranstaub und das radioaktive Gas Radon verbreiten sich flächendeckend mit dem Wind und nach Regenfällen in den betroffenen Regionen. Fast alle Länder, die Uran abbauen, informieren ihre Bevölkerung nur unzureichend. In Kanada und Australien sind es Gebiete der UreinwohnerInnen, in denen

Regierungen und internationale Konzerne oftmals gegen den Willen der Einheimischen das Uran fördern und verstrahlte Kraterlandschaften hinterlassen. Aber auch in vielen der afrikanischen Abbau-Länder sind die Bedingungen katastrophal. Über schlechte Arbeitsbedingungen und mangelnden Schutz der ArbeiterInnen wird in den nächsten Tagen viel zu hören sein, ebenso über die mangelnde gesundheitliche Versorgung und Betreuung. Und es wird von mächtigen Konzernen die Rede sein, darüber, dass diese, ohne sich um die kulturellen oder sozialen Verhältnisse in den Regionen zu kümmern, abgeschottet allein für ihre Gewinne die Erde durchwühlen. Kurz vor meiner Abreise nach Tansania äußerten sich der Bischof Dr. Alex Malasusa aus Dar Es Salaam und der norddeutsche Landesbischof Gerhard Ulrich besorgt über den Bergbau und über postkoloniale Strukturen, in denen die Ausplünderung des Landes für Rohstoffe heute erfolge. Befürchtungen, die die TeilnehmerInnen der Konferenz aus vielen Ländern in den nächsten Tagen mit ihren Erfahrungen unterfüttern werden.

Exkursion ins Überschwemmungsgebiet: Wo die Erde strahlt

Es ist noch Nacht, als wir uns auf den Weg zum Flughafen machen. Mit zwei Propellermaschinen geht es von Dar in die rund 600 Kilometer entfernte Hauptstadt Dodoma. In der Region Bahi, im Kernland von Tansania, ist dicht unter der Oberfläche Uran gefunden

In Tansania sagt man „Nsuri, sana“ - alles gut, alles schön

Tansania gilt als eines der rohstoffreichen Länder Ostafrikas und neben Gold, Öl, Gas und Kohle sind auch ergiebige Uranerzvorkommen in mehreren Regionen gefunden worden. Für die Regierung in Tansania ist das eine Chance für eine wirtschaftliche Entwicklung des armen Landes.

Im Süden Tansanias sind die Vorbereitungen für den Uranabbau inzwischen weit vorangeschritten. Ausgerechnet in einem der größten afrikanischen Nationalparks, dem Selous Game Reserve, soll die erste Uranmine Tansanias in Betrieb gehen.



Anthony Lyamunda, Aktivist von CESOPE, zeigt uns die Region und wird plötzlich in Polizeigewahrsam genommen

worden. Noch läuft die Erkundung, aber hier könnte in den nächsten Jahren eine Uranmine entstehen. Doch es gibt massiven Widerstand in der Bevölkerung. Die Bahi-Region ist eine extrem fruchtbare Gegend. Die weiträumige Tiefebene ist umgeben von Bergen. In der Regenzeit im Frühjahr kommt das Wasser in diese Senke, überschwemmt große Bereiche und sorgt so dafür, dass neben Mais, Zwiebeln, Kartoffeln und anderen landwirtschaftlichen Produkten selbst Reis angebaut werden kann. Bahi bila Urani inawezekana „Mpunga unatosha“ steht in Swahili auf vielen der T-Shirts, die unsere GastgeberInnen von CESOPE tragen, als sie uns vom Flughafen abholen: Bahi ohne Uran – Reis ist genug! In Jeeps geht es weiter ins Überschwemmungsland. Auf der Fahrt lernen wir: In

Tansania sind 100 Kilometer weiter als in Deutschland. Rund drei Stunden sind wir unterwegs, bis unser Konvoi endlich von der Straße abbiegt und über holprige Pisten an kleinen Siedlungen entlang durch die endlos erscheinende Tiefebene rollt. Um und hinter uns wirbeln wir eine Staubwolke auf, die weithin zu sehen sein dürfte. Wir fahren durch eine wüstenartige Savannenlandschaft, hin und wieder sehen wir Ziegen oder Kühe. Dazwischen dürre Büsche und Gestrüpp. Es ist Trockenzeit, der Boden ist aufgerissen, die Sonne brennt senkrecht herunter. Kaum vorstellbar, dass diese Gegend einem blühenden Garten gleichen kann und die Bevölkerung in den Dörfern mit ausreichend Lebensmitteln versorgt.

Anthony Lyamunda, einer der Aktivisten von CESOPE (Civil Education is the Solution for Poverty and Environment), führt uns zu unterschiedlichen Orten in der Region, erklärt uns, was wo wächst und zeigt uns auch, wo die Testbohrungen stattgefunden haben. Anthony berichtet, dass es nach den letzten Bohrungen, die entgegen dem üblichen Vorgehen bei solchen Erkundungen nicht verschlossen wurden, zu ungewöhnlichen Hauterkrankungen bei vielen FeldarbeiterInnen gekommen ist. Ob es einen Zusammenhang mit den Bohrungen und den dabei eingesetzten Chemikalien gäbe, sei unklar, erklärt Anthony, aber vorher habe

es solche Erkrankungen nicht gegeben. Man habe die Behörden gebeten, die Ursachen zu ergründen, aber die hätten nur abgewunken. Proben, die Aktivistinnen von CESOPE nach Deutschland geschickt hatten, haben keine Ergebnisse gebracht. Allerdings: Es sollen recht hohe Uranwerte gefunden worden sein. Unsere internationale Delegation hat rund um Bahi für viel Aufsehen gesorgt. Das merken wir nicht nur in einem Dorf, in dem einige von uns sich in das Gästebuch eintragen und ein kurzes Gespräch mit dem Dorfchef führen.

Probleme mit Demokratie und Bürgerrechten

Als wir das Dorf im Konvoi mit unseren acht Jeeps verlassen, wartet ein Polizeiwagen auf uns. Wir bekommen Order, die örtliche Polizeistation anzufahren. Weshalb bekommen wir in den hinteren Jeeps nicht mit. Wenig später ist klar: Anthony Lyamunda wird in der Polizeistation festgehalten. Nicht verhaftet, wie man uns erklärt. Aber er darf die Station nicht verlassen, wir können nicht mit ihm sprechen. Er solle ein paar Fragen beantworten und ein Protokoll unterzeichnen. Warum? Keine Erklärung. Aus Dodoma rufen wir den Anwalt und Parlamentsabgeordneten Tundu Lissu herbei. Es braucht nur wenige Minuten, bis er die Dinge vor Ort geklärt hat. Anthony ist wieder bei uns und Lissu erklärt, dass es noch viele Probleme in seinem Land gäbe. Z.B. dass die Polizei sich nicht immer an das Recht halte und auch gegen engagierte Leute vorgehe, wenn keine Rechtsverstöße vorlägen.

Erst am Abend können sich alle TeilnehmerInnen auf den Weg zurück nach Dodoma machen, wo für den Abend ein Highlight geplant ist. Freunde von CESOPE haben zu Ehren der internationalen Gäste ein großes Fest organisiert, mit üppigem Essen, allerlei Gewürzen und Soßen, fantastischen traditionellen Tanzaufführungen und Feuertänzen. Auch einer der Chiefs gibt sich die Ehre, begrüßt die Gäste mit einer feierlichen Ansprache und führt gemeinsam mit Tundu Lissu eine Vielzahl von Utensilien, Gefäßen, Geräten mit Pulvern, Wässern oder sonstigen Dingen zur Heilung oder Besinnung vor.

Wo wir auftauchen, sorgt unsere Delegation für Aufsehen – auch bei der örtlichen Polizei





Fotos: Dirk Seifert

Obwohl sie von Ordnungskräften drangsaliert wurden, versammeln sich in Dodoma an die 500 Menschen, um mehr über die katastrophalen Folgen des Uranbergbaus weltweit zu erfahren

Know how für die Provinz Bahi

Gespannt sind alle – Gäste wie CESOPE-VertreterInnen – wie denn wohl die für den nächsten Tag geplante Informationsveranstaltung laufen wird. Bezirkspolitiker aus der Bahi-Region hatten versucht, den Kontakt zwischen der Bevölkerung und den internationalen Gästen zu erschweren. Mit Verweis auf nicht näher benannte Sicherheitsprobleme wurde CESOPE nahegelegt, die Informationsveranstaltung nicht wie vorgesehen in Bahi durchzuführen, sondern in das rund 100 Kilometer entfernte Dodoma zu verlegen. Eine Bitte, die so eindringlich formuliert war, dass CESOPE ihr lieber nachgekommen ist. Für Viele aus den Dörfern mit der Folge, dass ihre Anreise erheblich verlängert und erschwert wurde.

Doch damit nicht genug. Als sich aus den Dörfern rund um Bahi am folgenden Tag hunderte von Menschen in den frühen Morgenstunden mit Kleinbussen auf den Weg machen, werden sie von der Polizei gestoppt und kontrolliert. Dabei wird recht unverblümt deutlich gemacht, dass die örtlichen „Autoritäten“ es nicht sonderlich gut fänden, dass sie sich an der Veranstaltung beteiligen wollen. Dennoch: Zwischen 400 und 500 Menschen sind versammelt, verfolgen mit großem Interesse den vielen Vorträge über die Erfahrungen mit dem Uranabbau in Australien. Sie erfahren, wie dort mit den Aborigines und ihren Rechten umgegangen wurde, von ihren Erfolgen

und Niederlagen. Berichtet wird über den Uranbergbau und seine Hinterlassenschaften in der ostdeutschen Wismut AG, die für inzwischen über sechs Milliarden Euro saniert wird und tausende von Krebstoten zur Folge hatte. Aus Mali wird über die laufenden Untersuchungen der dortigen Uranvorkommen berichtet, über die Risiken der permanenten Niedrigstrahlung, wenn das Uran erst einmal aus der Erde geholt ist. Richtig lebhaft wird es, als es um die gesundheitlichen Folgen geht und die Ergebnisse von Studien über Fehlbildungen bei Kindern, über Krebserkrankungen und Unfruchtbarkeit vorgestellt werden. Schließlich dreht es sich um die ökonomischen Aspekte beim Uranabbau, darum, dass für kurze Zeit in der Region möglicherweise einige Arbeitsplätze entstehen werden. Doch von den Gewinnen, die die Konzerne mit dem Uran machen, wird nur ein kleiner Teil in der Region bleiben. Für die Sanierung der Bergbaufolgen wird vermutlich kein Geld übrig bleiben. Zurückbleiben wird eine zerstörte Landschaft und eine vergiftete Umwelt. In vielen Ländern, dass bestätigen die VertreterInnen aus Mali, Niger und Australien, werden die Menschen am Ende mit den Folgen allein gelassen.

Szenenwechsel

Zwei Tage später, Dar Es Salaam. Im Nobel-Hotel Blue Pearl startet die Internationale Konferenz. 300 bis 400 TeilnehmerInnen versammeln sich. In den

Medien hat das für große Aufmerksamkeit gesorgt. Daher sagt endlich auch der Gesundheitsminister seine Teilnahme an der Konferenz zu. Ein Erfolg, wie sich die TeilnehmerInnen schnell einig sind, auch wenn Hussein Ali Mwinyi lediglich die Politik der Regierung erklärt und betont, dass Tansania alle erforderlichen Maßnahmen getroffen hätte, damit der Uranabbau ohne negative gesundheitliche Auswirkungen für die Bevölkerung vonstatten gehen könne. Eine Aussage, die wenig später vom Vertreter des nationalen Umweltamtes deutlich relativiert wird. Die tansanische Regierung sei bisher weder technisch noch finanziell oder personell in der Lage, die von ihr erlassenen Auflagen beim Uranabbau zu kontrollieren. Vielmehr müsse man sich in erster Linie auf die Berichterstattung und die Selbstkontrolle der Bergbauunternehmen verlassen.

Während der nächsten zwei Tage stellen die internationalen Fachleute und AktivistInnen ihr geballtes Wissen, viele praktische Erfahrungen und zahlreiche Studien zu den gesundheitlichen und Umweltrisiken des Uranabbaus vor. Noch habe Tansania die Chance, die vielen negativen Auswirkungen zu verhindern und den Uranbergbau zu stoppen. Die Hoffnung der Regierung, dass der Bergbau zu einer wirtschaftlichen Entwicklung beitrage und damit dem Lande zu Gute komme, widersprechen die Erfahrungen vieler BerichterstatteInnen. Die Medien in Tansania berichten ausführlich über die Kritik der internationalen Fachleute. Die Regierung reagiert teilweise genervt, warnt vor angeblich falschen Behauptungen, die über die Risiken des Uranabbaus verbreitet würden. Dennoch: Die OrganisatorInnen der Konferenz – die ÄrztInnen der IPPNW aus der Schweiz und Deutschland, das Ostafrika-Büro der Rosa-Luxemburg-Stiftung und die tansanische Menschenrechtsorganisation Legal and Human Rights Centre (LHRC) – sind zufrieden mit der Konferenz, weil sie die Debatte über die Risiken des Uranabbaus und den Kurs der Regierung stärker in die Öffentlichkeit gebracht hat.

*Dirk Seifert, Energierfernt von
ROBIN WOOD in Hamburg
energie@robinwood.de*

Uranbergbau im größten Schutzgebiet Afrikas geplant

Die Serengeti kennen fast alle – dank Dr. Grzimek. Das Selous Game Reserve (SGR) ist dagegen wenig bekannt. Es ist eines der größten Wildschutzgebiete in Afrika, von der Größe der Schweiz, und liegt im Süden Tansanias, nahe der Grenze zu Mosambik: Elefanten, das seltene Schwarze Nashorn, Geparden, Giraffen, Flusspferde, Krokodile und Wildhunde leben dort, sowie mehr als 2.100 Pflanzenarten. Bereits 1982 wurde das Wildschutzgebiet vom World Heritage Committee als UNESCO Weltnaturerbe anerkannt und unter besonderen Schutz gestellt. Jetzt plant das Unternehmen Mantra mit Zustimmung der tansanischen Regierung in diesem Gebiet den Abbau von Uran: Das Mkuju-River-Project. Eine Bedrohung für die Menschen, die Umwelt und die einzigartige Tierwelt.

Die australische Firma Mantra Resources entdeckte 2006/2007 mehrere Millionen Tonnen Urangestein innerhalb des Schutzgebietes SGR in der Nähe der Stadt Songea. Noch ist die Mine nicht in Betrieb gegangen, aber die Auswirkungen eines Uranabbaus wären verheerend: Das Projekt wird zwischen 60 und 140 Mio. Tonnen radioaktive und giftige Abfälle, den überwiegenden Teil als Schlamm, produzieren. Dieser Abfall bleibt auf Jahrtausende hinaus radioaktiv und muss von der Umwelt sicher abgeschottet werden – ein schier unmögliches Unterfangen, das bisher nirgends auf der Welt zufriedenstellend bewerkstelligt werden konnte. Auch die Bundesrepublik hat ihre Erfahrungen mit Uran-Abfällen: Über 20 Jahre dauert inzwischen die Sanierung der „Wismut“ in Thüringen und Sachsen. Tausende von ArbeiterInnen sind an den Folgen der Radioaktivität und des Staubs erkrankt oder gestorben. Erfahrungen, die die Regierung Tansanias ausblendet. Um den Uranabbau im Weltnaturerbe-Gebiet zu ermöglichen, beantragte sie 2011 beim

World Heritage Committee eine „kleine Grenzänderung“ des SGR. Das Minengebiet sollte einfach ausgeklammert werden, der Titel Weltnaturerbe aber erhalten bleiben. Im Juni 2012 entschied das Committee unter russischem Vorsitz auf seiner Sitzung in St. Petersburg, entgegen dem Rat von Fachgremien, diese Änderung zu akzeptieren. Dabei waren massive russische Wirtschaftsinteressen im Spiel, denn hinter den in Tansania agierenden Unternehmen steht die russische Atomwirtschaft. Vor Ort agiert das australische Unternehmen MANTRA. Eigentümer ist ein scheinbar kanadisches Unternehmen – Uranium One. Doch auch hier muss man auf die Eigentumsverhältnisse schauen: Uranium One gehört nämlich mehrheitlich dem russischen für Uranabbau zuständigen Unternehmen ARMZ (AtomRedMetZoloto), einer Tochter des russischen Atomgiganten Rosatom.

Die tansanische Regierung unterstützt den Uranbergbau in der Hoffnung, die wirtschaftliche Entwicklung des Landes zu verbessern. Dafür ignoriert sie die weltweiten Erfahrungen mit den katastrophalen Folgen des Uranbergbaus. Laut Regierung müsse man den Uranbergbau lediglich „properly“ - also „richtig“ betreiben. Dann gäbe es keine Probleme. Das aber ist muss stark bezweifelt werden: Zwar hat Tansania in den letzten Jahren Gesetze und Verordnungen auf den Weg gebracht und eine Behördenstruktur aufgebaut. Aber es fehlt an Know how und Ressourcen, um strenge Anforderungen und eine tatsächliche Überwachung sicherzustellen. Faktisch ist Tansania vor allem von den vor Ort tätigen Konzernen abhängig. Das hat

So groß wie die Schweiz: Das Selous Game Reserve in Tansania ist vom geplanten Uranabbau bedroht





Foto: Dirk Seifert

auch ein Vertreter von NEMC (National Environmental Management Council), der nationalen Genehmigungsbehörde jüngst auf der Internationalen Urankonferenz in Dar Es Salaam eingeräumt.

Dass es einen „sauberen“ Uranbergbau nicht geben kann, gilt auch für die in Tansania tätigen Unternehmen: MANTRA ist eine ‚junior mining company‘, bisher ohne jede Erfahrung im Uranbergbau. Uranium One hat sich erst jüngst aus der Dominion Reef Uranium Mine („DRUM“) in Südafrika zurückgezogen und dort enorme Umweltprobleme hinterlassen. Tödliche Arbeitsunfälle, fehlende Schutzkleidung und extreme schlechte soziale Bedingungen sorgten immer wieder für Skandale.

Auch die russische Firma ARMZ, die Mantra und Uranium One kontrolliert, ist nicht gerade für seine besonders umweltschonenden Abbaumethoden bekannt. 2010 berichtete TASS, dass ARMZ auf Klage des für Umweltschutz zuständigen Distrikt-Staatsanwaltes verurteilt wurde, seine Abwasserreinigung im Uranbergwerk Priargunsk, einer der größten Urangewinnungsanlagen Russlands, zu verbessern. Die Kapazität dieser Anlage war viel zu gering, so dass ein erheblicher Anteil der Abwässer ungereinigt in Seen und Flüsse gelangte – in denen inzwischen Baden und Fischen verboten ist. Es sind also berechtigte Zweifel angebracht, ob UraniumOne und ARMZ die geeigneten Firmen sind, den Uranbergbau in Tansania „properly“ durchzuführen.

Trotz vieler Hindernisse: Umweltverbände vor Ort protestierten

Gegen den geplanten Uranabbau im SGR gibt es auch in Tansania kritische Stimmen: Diese allerdings haben es schwer. Das liegt an den Rahmenbedingungen, unter denen NGOs in Tansania aktiv sein können, aber auch daran, dass viele Informationen nicht zugänglich gemacht werden. So ist eine vorliegende Umweltverträglichkeitsstudie über die Mkuju River Mine zwar auch nach tansanischem Recht ein „Öffentliches Dokument“. Aber kaum jemand bekommt Einsicht, auch nicht die in der Region aktiven NGOs. Die Menschen vor Ort werden ausschließlich von Seiten der Betreiberfirmen ‚informiert‘, Anhörungsverfahren gab es vor allem in Form von Ortsterminen ausge-

wählter Personengruppen „mit Kaffee und Kuchen“ oder als „one-to-one“-Gespräche mit den regionalen Behördenvertretern.

Als lokale NGOs eine Umfrage starteten, um zu erkunden, wie viele Menschen vor Ort überhaupt über die Uranbergbaupläne Bescheid wissen, wurde ihnen dies untersagt – die Rechtsgrundlage hierfür blieb unklar, es wirkte vor allem die Drohung mit der Polizei. Trotzdem versucht ein Verbund aus drei lokalen NGOs, Aufklärung zu betreiben und über die Folgen und Gefahren des Uranbergbaus zu informieren. Unterstützt werden sie dabei auch von internationalen Organisationen, von kirchlichen Einrichtungen.

Noch hat Tansania die Wahl

Noch ist die Mkuju River Mine nicht in Betrieb. Daran trägt nicht nur der derzeit sehr niedrige Uranpreis seinen Anteil. Eine endgültige Zustimmung zum Betrieb der Mine steht laut Bergbau-Ministerium noch aus: Die tansanischen Behörden wollen Klarheit, an wen das Endprodukt (Yellowcake) verkauft wird. Das aber will Mantra nicht mitteilen. Streit gibt es auch noch über die Wege, auf denen das Yellowcake exportiert werden darf. Mantra will die strahlende Fracht per Lkw in das rund 3.500 km entfernte Walvis Bay, Namibia, transportieren und dort verschiffen. Die tansanische Regierung hingegen fordert eine Route über den Hafen von Mtwara am Indischen Ozean. Doch der Ausbau, der für die schweren Transporte erforderlichen Straße kommt seit längerer Zeit nicht voran.

Und noch ein anderes Problem mit der Strecke nach Mtwara gibt es: Der Selous-Niassa-Wildlife-Corridor, der das Selous Game Reserve mit dem Niassa Wildreservat in Mosambik verbindet. Für viele der Wildtiere ein wichtiger Weg bei ihren Wanderungen. Das World Heritage Committee hat für diesen Korridor einen besonderen Schutz gefordert. Deutschland fördert dies mit fünf Millionen Euro. (<http://www.selous-niassa-corridor.org/partners/>). Eine Transportroute für radioaktives Material passt da nicht wirklich ins Bild.

Günter Wippel, uranium-network.org

Gegen den Atomtod

Die internationale ÄrztInnenorganisation IPPNW hat die Urankonferenz Anfang Oktober 2013 in Tansania mit organisiert. Seit vielen Jahren ist die IPPNW gegen den Uranabbau und seine Folgen aktiv.

Bereits seit den 70er Jahren arbeiten Aktive intensiv zum Thema Uranabbau und seinen Folgen. Der Atomunfall von Tschernobyl gab den Anstoß zur stärkeren Vernetzung. Ein früher Höhepunkt dieser Arbeit war das 1992 in Salzburg durchgeführte „World Uranium Hearing“: Etwa einhundert Zeugen, die Mehrheit indigener Herkunft, berichteten über die Auswirkungen von Uranabbau, Atomtests und der Lagerung radioaktiven Mülls. Am Ende wurde die „Deklaration von Salzburg“ verabschiedet mit der Forderung, dass Uran und alle radioaktiven Mineralien in ihrem natürlichen Umfeld verbleiben müssen.

1998 hatte der Nuclear-Free Future Award in Salzburg seine Premiere, der dem Beginn der nuklearen Kette besondere Aufmerksamkeit widmet. 2005 gehörte Joe Shirley Jr., der Stammespräsident der Diné Nation (Navajo) zu den Preisträgern, der ein Gesetz unterzeichnet hatte, das künftig den Abbau von Uran auf dem Reservat der Diné untersagt (Diné nennen sie sich selbst, Navajo wurden sie von den Spaniern genannt). Die Schweizer und die deutsche Sektion der IPPNW veranstaltete 2010 in Basel ein Symposium zum Uranabbau „Sacred Lands, Poisoned People“ anlässlich des 19. Weltkongresses der IPPNW. Die Beteiligung der betroffenen Menschen aus allen fünf Kontinenten prägten auch diese Veranstaltung. Der anschließende Weltkongress der IPPNW verlangte „...appropriate measures to ban uranium mining worldwide“.

In Bamako, der Hauptstadt von Mali, organisierten lokale Organisationen in Kooperation mit dem uranium-network.org und der IPPNW eine internationale Konferenz zum Thema „Uran, Gesundheit und Umwelt“. Sie fand vom 16. bis 18. März 2012 statt, wenige Tage vor dem Putsch. Ein Grund, diesen Konferenzort zu wählen, war die Entdeckung von Uran-, Kupfer- und Bauxitvorkommen durch den französischen Atomkonzern AREVA und die Ankündigung, diese Rohstoffe künftig abbauen zu wollen. Mit der örtlichen Bevölkerung hatte – wie in vielen Fällen – niemand gesprochen.

2013 wurden Dar es Salaam und Dodoma in Tansania, Ostafrika, als Tagungsorte ausgewählt. „Uranium mining – Impact on Health and Environment“ war der Konferenztitel. Tansania befindet sich auf der Schwelle zum Uranabbau, weshalb die Aktiven im Land noch eine Chance sehen, desaströse Entwicklungen wie in Niger oder Südafrika zu verhindern. Trotz der Betroffenheit über die erschreckenden Fakten und Bilder war die Konferenz eine ermutigende Begegnung mit engagierten und kompetenten afrikanischen Frauen und Männern. In ihrer Abschlusserklärung unterstrichen die WissenschaftlerInnen, AktivistInnen und Betroffenen, dass Uranbergbau keine nachhaltige Entwicklung ermöglicht. Die gravierenden Folgen für Umwelt und Gesundheit überwiegen den ökonomischen Nutzen für die Länder, in denen Uran abgebaut wird. Die Folgekosten des Uranabbaus dagegen bürdet die Uranwirtschaft der Allgemeinheit auf. Die TeilnehmerInnen forderten ihre Regierungen weltweit auf, stattdessen auf die Entwicklung Erneuerbarer Energien zu setzen.

Die IPPNW unterstützt die Menschen vor Ort bei ihren Aktionen gegen den Uranabbau. „Bahi ohne Uran – Reis ist genug!“, fordern die Menschen auf ihren T-Shirts

IPPNW Deutschland wird weiter die lokalen Gruppen in Ländern wie Tansania unterstützen, um das Geschäft mit dem gefährlichen Stoff von Anfang an zu verhindern und eine alternative ökonomische Entwicklung mit Erneuerbaren Energien zu fördern. In Ländern, in denen der Abbau schon begonnen hat, gehört die Unterstützung bei den Forderungen nach Mitbestimmung, Arbeitsrechten und Arbeitsschutz, nach Entschädigung bei Gesundheits- und Umweltschäden zu möglichen Tätigkeitsfeldern. Forschung und die Zusammenstellung wissenschaftlicher Belege für Gesundheitsschäden sowie die deutsche Erfahrung mit dem Uranabbau der Wismut-AG sind Grundlage dafür. Deshalb wird 2014 im Gebiet der Wismut AG eine Fachtagung stattfinden, bei der Expertinnen über den aktuellen Stand der Forschung zu den Gesundheitsfolgen von Uranabbau und Niedrigstrahlung, zur Entschädigungssituation und zum Arbeitsschutz diskutieren werden. Die Folgekosten von „Wismut“ belaufen sich bisher auf 6,2 Milliarden Euro und zeigen vor allem eins: Dass auch technisch hochentwickelte Länder wie Deutschland nicht in der Lage sind, die ArbeiterInnen zu schützen und die Landschaft befriedigend zu sanieren.

Susanne Grabenhorst ist im Vorstand von IPPNW Deutschland. Die internationalen Ärzte und Ärztinnen für die Verhütung des Atomkriegs (IPPNW) gründeten sich in der Zeit des Kalten Krieges. Im Zentrum ihrer Aktivitäten standen zunächst die Atomwaffen, im Laufe der Jahre nahmen sie die zivile Nutzung der Atomenergie und die gesamte nukleare Kette in den Fokus. Die IPPNW konzentriert sich auf die gesundheitlichen Aspekte und daneben auch auf den Zugang zu medizinischer Versorgung und auf die Menschenrechte.

Mehr zum Thema unter www.ippnw.de

